

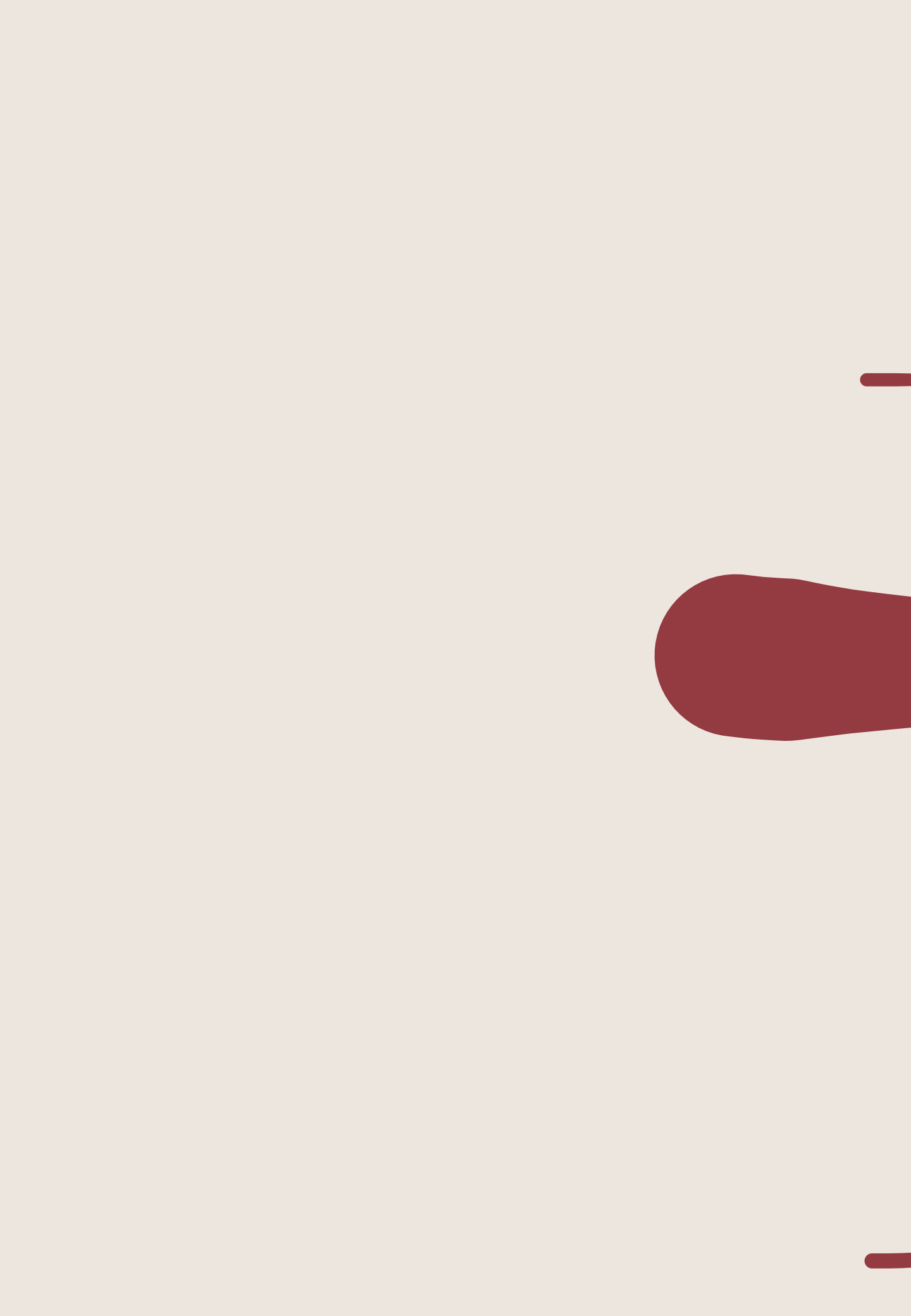
KRAWALL

DOSSIER

CANCEL

CULTURE

HANNAH PURNER



Cancel

Cancel

Cancel

“canceling” is an expression of agency, a choice to withdraw one’s attention from someone or something whose values, (in)action, or speech are so offensive, one no longer wishes to grace them with their presence, time, and money

Cancel

Meredith Clark, Medienwissenschaftlerin

Cancel

Leitartikel

Das Paradies der einfachen Seelen

Der Diskurs um Cancel Culture, er ist panisch und hysterisch, irrational und laut. Betrachtet man ihn genauer, wird man erkennen: Hinter all den Warnungen vor einer bedrohten Meinungsfreiheit und der Moralisierung öffentlicher Debatten versteckt sich nichts außer ein Haufen Krawall einer feigen Elite.

Krawall

Es gibt da diese Vorstellung, dass das beste Argument in einer Diskussion gewinnt. Wenn jemandem eine Meinung nicht gefällt, soll er sie besser argumentieren. Dass dies in der Realität nicht der Fall ist, zeigen die Debatten rund um Cancel Culture.

Das Canceln ist eine moderne Form des Boykotts einer machthabenden Person, deren Werte, Taten oder Äußerungen von unterprivilegierten Menschen als unliebsam empfunden werden. Mitglieder marginalisierter Gruppen machen den Sachverhalt meist öffentlichkeitswirksam kenntlich, um gegen verhärtete Machtstrukturen anzukämpfen und Rechenschaft für bestehende Missstände zu fordern. Doch anstatt konstruktive Debatten einzugehen, warnt die Gegenseite vor der „problematischen Erscheinung eines linken Zeitgeistes“, vor einer „Gedanken- und Sprachpolizei“ und einer „Moralkollektivierung“.

Ob aus dem Kulturbereich oder der Politik, die schmollenden Mächtigen mögen ganz unterschiedliche sein. Doch sie alle versammeln sich gerne vor einem Millionenpublikum, um auf der großen Bühne darüber zu jammern, dass ihnen niemand zuhört. Meistens beklagen diejenigen eine eingeschränkte Meinungsfreiheit am schnellsten und lautesten, die ohnehin in jede Talkshow eingeladen werden oder deren meinungsgefärbte Kolumne einen Fixplatz in jeder Zeitungsausgabe hat. Dass sie aufgrund ihrer Meinungen oder Taten und des sich daran entzündenden Unmuts ihre Bühne verlieren, heißt für die Mächtigen oft nichts weiter, als dass sie sich im nächsten Moment eben anderswo über den Vorfall empören dürfen. Während all ihrer Schimpftiraden vergessen sie dabei, dass das Recht auf Meinungsfreiheit kein Recht auf keine Widerrede ist.

Doch öffentliche Debatten leben nicht nur von Meinungsfreiheit, sondern insbesondere von einer gesellschaftlichen Streitkultur. Und in dieser biegt derjenige die Spielregeln, der über Macht und Geld verfügt, der auf einfache Weise Einfluss nehmen und sich durchsetzen kann, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Anstatt sich der Kritik und den Forderungen marginaler Gruppen zu stellen, drehen die Mächtigen das Narrativ. Und während Menschen auf der Straße für ihre Rechte kämpfen, wünschen sie sich sehnlichst ins Paradies der einfachen Seelen zurück, in dem sie ihre Macht nicht begründen müssen.

Fest steht: Viele Menschen kommen im öffentlichen Diskurs selten bis nie zu Wort und haben keine Möglichkeiten, die Realität in ihrem Interesse mitzugestalten. Seit geraumer Zeit ändert sich daran allerdings einiges. Soziale Medien haben es den bislang

„Unsichtbaren“ ermöglicht, sich zusammenzufinden, ihr Leid und ihre Erfahrungen zu teilen und zu bündeln. Und so an den Machtverhältnissen zu rütteln.

Gerade jene, die bisher allen ihre Ansichten – mit teils fragwürdigen Mitteln – aufgedrängt haben, befürchten nun einen Gesinnungstotalitarismus, der den öffentlichen Diskurs vergiftet. Es ist ein Zynismus, den diese Debatte nicht gebrauchen kann. Anhänger:innen von #MeToo, Black Lives Matter und ähnlichen Bewegung fordern keineswegs eine Mundtotmachung oder gar eine „De-Existenzialisierung“ der Mächtigen, so wie ihnen vorgeworfen wird. Beim Canceln geht es nicht um sinnlosen Krawall, sondern um das Gehörtwerden. Es geht darum, dass Schwarze in den USA knapp dreimal öfter von der Polizei getötet werden als Weiße. Auch in Europa trauen sich nur acht Prozent der Opfer rassistischer Gewalt, diese auch zu melden. Zu wenig Vertrauen gibt es in das Rechtssystem. Es geht auch darum, dass etwa jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens Opfer von sexueller Gewalt wird, ein Viertel davon durch Vergewaltigung. Trotzdem werden nur zehn Prozent dieser Fälle zur Anklage gebracht, nicht einmal jede fünfte führt zu einer Verurteilung.

Es sind viele Kämpfe, die parallel geführt werden und doch eines gemeinsam haben: die Forderung nach Gerechtigkeit. Doch während diese Gruppen nun über strukturelle Benachteiligung sprechen und Rechenschaft verlangen, wird ihnen vorgeworfen, sie überzögen das Land mit ihrem „Tugendterror“. Wenn sie ihr Recht einfordern, am öffentlichen Diskurs endlich konstruktiv teilnehmen zu dürfen, gefährden sie in den Augen der Mächtigen die demokratische Debattenkultur. Doch Krawall machen nur die auf der Straße, die sich gegen das bestehende System auflehnen. Krawall machen sicher nicht die Mächtigen, die bei jeder Gelegenheit hysterisch „Cancel Culture“ rufen.

Es ist der Inbegriff ihrer Macht, dass sich die Mächtigen ihre Position im öffentlichen Diskurs ausnutzen und sich dieser Kritik entziehen oder sogar selbst als Leidtragende stilisieren. Anstatt sinnvoll zu argumentieren, ziehen sie sich lieber in ihr Paradies zurück: die Opferrolle. Damit entlarven sie sich selbst. Sie fürchten sich vor Machtverlust, hegen Ressentiments und sind schlicht zu feige, den Diskurs zu suchen. In Talkshows und Gastbeiträgen spielen sie dann den armen Sündenbock einer miesen Kampagne, einer ganzen Kultur des Cancelns. Diese war einst die Hoffnung marginaler Gruppen, endlich gehört zu werden. Leider zeigt die Debatte heute, dass sich kaum etwas geändert hat. Am Ende gewinnt nämlich nicht derjenige mit dem besten Argument, sondern die Krawallmacher:innen.

05 **Erklärstück**

Was man heute noch sagen darf

07 **Porträt**



Meredith Clark | Die verlorene Mutter des Cancellns

09 **Buchkritik**

Jürgens Identitätspolitik
Adrian Daub | „Cancel Culture Transfer“

12 **Kommentar**

Tanz mit mir den Fraser, Uni Köln

13 **Interview**



Diedrich Diederichsen | „Die alten weißen Männer kriegen jetzt auch ein Stigma“

18 **Meldung**

Teilweise rechtsextreme Partei AfD kritisiert Paket gegen Rechtsextremismus

19
21 **Ansichtssache**

Gefährdet Cancel Culture die Demokratie?

Möglicherweise, meint der Philosoph Robert Pfaller, denn heute lässt man Andersdenkende nicht mehr zu Wort kommen. Die Journalistin Sonja Eismann widerspricht: Endlich können mehr Menschen am gesellschaftlichen Diskurs öffentlichkeitswirksam teilnehmen.

23 **Bericht**

Ausgeliebt: Wenn der Lieblingssong zur Nazi-Hymne wird

Was man heute noch sagen darf

Mehr als vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung haben laut einer Umfrage das Gefühl, bei Meinungsäußerungen vorsichtig sein zu müssen. Das ist der schlechteste Wert seit den fünfziger Jahren. Dabei ist die Meinungsfreiheit eigentlich in der Verfassung gesichert. Ist sie wirklich in Gefahr?

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“, steht im Grundgesetz, das dieses Jahr sein 75-jähriges Bestehen feiert. Allerdings sind nur noch 40 Prozent der Teilnehmer:innen einer Umfrage des *Instituts für Demoskopie Allensbach* und des Medienforschungsinstituts *Media Tenor* der Meinung, dieses Recht auch tatsächlich ausüben zu können. Noch 2017 lag dieser Wert bei 63 Prozent. Damit überwiegt nun zum ersten Mal, mit 44 Prozent, der Anteil derjenigen, die bei Meinungsäußerungen „lieber vorsichtig“ sind. „Diese Einschätzung entspricht nicht der Realität“, sagt der Rechtswissenschaftler Jochen von Bernstorff im Gespräch mit *Krawall*, „Wir haben in Deutschland einen überaus starken Schutz der Meinungsfreiheit“. Wie passt das zusammen?

Für wen gilt die Meinungsfreiheit?

Meinungsfreiheit ist ein „Jedermannsrecht“, das einerseits alle natürlichen Personen, unabhängig von ihrer Nationalität, Herkunft, ihres Geschlechts oder Aussehens, ihrer politischen Haltung und so weiter genießen; andererseits auch juristische Personen, also zum Beispiel Vereine oder Nichtregierungsorganisationen. Es ist ein Schutzrecht gegenüber dem Staat, das bedeutet, dass der Staat selbst auf die Meinungsfreiheit aller seiner Bürger:innen zu achten hat und diese nicht einschränken darf, zum Beispiel durch staatliche Zensur. Das gilt auch zwischen den Menschen selbst. Alles, was in der Verfassung steht, ist nämlich maßgebend für die Wertordnung und Normen der Gesellschaft. Der Staat bekräftigt die Meinungsfreiheit, indem er sie auch zwischen den Bürger:innen unterstützt und fördert.

Was schützt die Meinungsfreiheit?

Eine Meinung ist grundsätzlich nichts anderes als eine

persönliche Überzeugung, etwas, das jemand ohne ausreichende Begründung für wahr hält. Sie ist ein subjektives Empfinden, das objektiv nicht als richtig oder falsch beurteilt werden kann. Auch das Recht sieht das so: Eine Meinung fällt in den Schutzbereich des Grundrechts, egal ob sie „begründet oder grundlos, emotional oder rational ist“, ob sie als „wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos“ empfunden wird. „Innere Überzeugungen und auch politische Haltungen sind in Deutschland grundsätzlich nicht strafbar“, bestätigt von Bernstorff, „insbesondere im politischen Kontext ist der Schutz verschiedener Standpunkte sehr wichtig“. Wenn es um einzelne Meinungen geht, gibt es viel Spielraum, die Grenze bildet die Strafbarkeit. Denn ein demokratischer Staat vertraut darauf, dass sich einzelne Meinungen im öffentlichen Diskurs abschleifen. Solange es nur um die persönliche Meinung geht, darf sie sogar verfassungsfeindlich sein. Man dürfte sich zum Beispiel für die Wiedereinführung einer Monarchie einsetzen. Erst, wenn sich verfassungsfeindliche Ansichten in Form von Vereinigungen oder Parteien verfestigen und tatsächlich am Grundgerüst der Demokratie rütteln, darf der Staat eingreifen.

Warum gibt es die Meinungsfreiheit?

Im Sinne einer Demokratie soll jeder:r sagen, was er:sie denkt, auch wenn das Gesagte für andere unliebsam sein kann. Das verlangen Pluralismus, Toleranz und Aufgeschlossenheit, ohne die es keine demokratische Gesellschaft geben kann. Wenn jemand die Meinungen des anderen nicht sinnvoll findet, hat er:sie die Möglichkeit, darauf zu reagieren, sie zu kritisieren und für die eigenen Ansichten zu argumentieren. So soll der freie Austausch von Gedanken im besten Fall neue Ideen und Lösungen für Probleme aller Art hervorbringen. Der Politikwissenschaftler Floris Biskamp erklärt: „Dass sich Verhältnisse und Sprache ändern und immer wieder neu ausgehandelt werden, auch unter Widerspruch und Dissens, ist im Kern demokratischer Fortschritt.“ Jeder Mensch soll in öffent-

lichen Debatten unterschiedliche Meinungen hören, um sich eine eigene bilden zu können. Werden Meinungen als Überzeugungen gesehen, die eine Person für wahr hält, ist dieser Prozess auch die gesamtgesellschaftliche Suche nach einer gemeinsamen Wahrheit.

Wo liegen die Grenzen der Meinungsfreiheit?

In Deutschland darf man so einiges sagen und meinen. Denn solange es nur um den Versuch geht, andere mit Argumenten, Positionen und Meinungen zu überzeugen, sind Debatten und Auseinandersetzungen frei. Grenzenlos ist die Meinungsfreiheit trotzdem nicht: Beispielsweise sind Beleidigungen, Erniedrigungen und Verleumdungen nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Denn öffentliche Debatten sollen respektvoll, fair und somit konstruktiv bleiben. Außerdem unterstützt eine solche Ehrverletzung des anderen nicht das eigene Argument. Die Meinungsfreiheit setzt überdies nicht das Strafrecht außer Kraft: Die Verherrlichung von Gewalt oder Verbrechen sowie die Provokation von Hass sind nicht geschützt. Von Bernstorff erklärt: „Gerade in Bezug auf den Ehrschutz ist gegebenenfalls eine Abwägung nötig. Das muss im Einzelfall gerichtlich geklärt werden. In anderen Fällen, wie bei der NS-Verherrlichung, wird allerdings eine ganz klare Grenze gezogen.“

Wieso glauben so viele Deutsche, dass ihre Meinungsfreiheit eingeschränkt ist?

Es gibt durchaus Kritik an der Umfrage des *Instituts für Demoskopie Allensbach* und des Medienforschungsinstituts *Media Tenor*, die sich insbesondere an die Art der Fragestellungen richtet. Diese sei teils tendenziös und zielt auf ein bestimmtes Ergebnis ab. Andere Wissenschaftler:innen, die selbst zu Meinungsfreiheit forschen, betonen, wie sehr empirische Ergebnisse davon abhängen, wie das zu Untersuchende beschrieben, abgegrenzt und messbar gemacht wird. Zum Beispiel wird in der Umfrage danach gefragt, ob man sich beim Thema „Muslime/Islam“ den „Mund verbrennen“ könne. Eine Person ohne Migrationsgeschichte kann mit „ja“ antworten, weil sie Angst hat, dass ihr mit Kritik gegenüber ihren Ansichten zum Thema begegnet wird. Und eine Person mit Migrationsgeschichte kann mit „ja“ antworten, weil sie sich aufgrund von Vorurteilen oder gar potentiell Hass ihr gegenüber unfrei fühlt, im öffentlichen Diskurs über ihre Religion zu sprechen. Trotzdem würden beide als Teil der kritischen 44 Prozent im Ergebnis landen.

Ist die Meinungsfreiheit wirklich bedroht?

Auch wenn es sich für einen beträchtlichen Teil der Deutschen so anfühlen mag, ist die Meinungsfreiheit von staatlicher Seite aus jedenfalls nicht in Gefahr. In Deutschland kann jede:r grundsätzlich die eigene Meinung äußern, ohne Strafe erwarten zu müssen. Das aktuelle Debattenklima erklärt Biskamp mit der Vieldeutigkeit und dem stetigen Wandel der Sprache: „Es hat sich eine gesteigerte Sensibilität für diskriminierende Sprache herausgebildet. Das ist durchaus anspruchsvoll und setzt voraus, dass man sich tiefergehend mit den dahinterliegenden Themen beschäftigt hat. Hat man das nicht, verunsichern einen diese Entwicklungen.“ Das Gefühl, nichts mehr sagen zu dürfen, hängt daher nicht mit befürchteten rechtlichen, sondern vielmehr mit sozialen Konsequenzen zusammen, wie Kritik, Widerrede, Empörung oder sogar Ausgrenzung. Doch „Widerspruch hat nichts mit einer eingeschränkten Meinungsfreiheit zu tun“, sagt von Bernstorff. Auch Biskamp meint: „Verunsicherung geht mit Fortschritt einher. Einige halten Kritik nicht aus, einige wollen mit böser Absicht, dass Menschen diskriminiert bleiben. Aber es gibt viele Menschen, die mit diesen Debatten einfach noch keine Berührungspunkte hatten.“ Die 44 Prozent der Umfrage solle man somit als Ansporn sehen, konstruktive Aufklärung zu leisten, ansonsten könnten verunsicherte Bürger:innen von der politischen Rechten mobilisiert werden. Auch wenn die Ergebnisse viel Interpretationsspielraum lassen, die Meinungsfreiheit ist in Deutschland jedenfalls nicht bedroht. Man darf nach wie vor so einiges sagen. Aber Widerspruch, Auseinandersetzungen und Dissens muss man aushalten. Das ist demokratisch, das ist richtig und das ist notwendig. Denn die Meinungsfreiheit ist per Definition unbequem. Wären alle einer Meinung, bräuhete es die Meinungsfreiheit nicht.

Der 07. Juli 2020 ist der Tag, an dem es der Afroamerikanerin Meredith Clark endgültig reicht. Sie ist fuchsteufelswild. Wutentbrannt setzt sie sich knapp 30 Stunden an ihren Schreibtisch und verfasst einen Essay. Der Titel: „DRAG THEM“, alles in Großbuchstaben, eine Aufforderung: Holt sie auf den Boden der Realität zurück! Ihre Wut spiegelt sich in den Worten ihres Textes wider: Sie beschreibt die Öffentlichkeit als einen Raum der Beherrschung, in der allein die Elite die Macht besitzt, die Realität zu definieren. Sie tun dies, indem sie sich die Traditionen Schwarzer aneignen, sie dekontextualisieren und schließlich gegen jene verwenden. Die Unterdrückung der Schwarzen in den USA begleitet Clark schon ihr ganzes Leben. Es deprimiert sie. Und treibt sie an, immer weiter dagegen zu kämpfen. So auch an diesem Dienstag im Juli – erst vor wenigen Wochen hat ein *weißer* Polizist auf den Straßen von Minneapolis George Floyd ermordet.

Clark schreibt nicht über die Elite, sie schreibt direkt an sie. Denn zuvor liest sie an jenem Dienstag im Juli einen Artikel im *Harper's Magazine*, der den Titel „A Letter on Justice and Open Debate“ trägt. Er ist unterzeichnet von 150 prominente Kulturschaffende, darunter auch die kanadische Schriftstellerin Margaret Atwood und die Autorin J.K. Rowling. Eine „neue Reihe moralischer Einstellungen und politischer Verpflichtungen“ beklagen sie darin. Die offenen Debatten und die Toleranz gegenüber Verschiedenheit seien in Gefahr. Die Bedrohung nennen sie Cancel Culture. Doch es ist eine ganz andere Cancel Culture als die, die Clark noch zwei Jahre zuvor in einem Interview für die *New York Times* erstmals skizziert hat. Damals, als der Begriff noch neu war, eine Art Kuriosum, mit dem niemand so richtig etwas anzufangen wusste. Außer sie, die Schwarze Medienwissenschaftlerin Meredith Clark.

Als es die Phrase „[XY] is canceled“ 2018 in den Mainstream schafft, suchen die Medien akribisch nach ihrem Ursprung und finden ihn auf Black Twitter, einem kleinen digitalen Raum im Internet, in dem Schwarze über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen. Black Twitter, das ist Clarks Fachgebiet. Und so wird sie in jenem Jahr von der *New York Times* für den ersten jemals veröffentlichten Artikel über Cancel Culture interviewt. Ihre Definition darin, relativ unspektakulär: Cancellen sei ein „Ausdruck von Handlungsfähigkeit“. Passiver noch, es sei ein einfacher „Akt des Rückzugs von jemandem, dessen Äußerungen – ob politisch, künstlerisch oder anderweitig – einst willkommen waren oder zumindest toleriert wurden, es aber nicht mehr sind“. Was bliebe den Machtlosen denn anderes übrig, als im Fall von Ungerechtigkeit leise das Feld zu räumen?

Eigentlich hätte dieser Artikel in der *New York Times* der einzige bleiben können. Cancellen war ein digitales Randphänomen, das in den Weiten des Internets wieder hätte verschwinden können. Doch der Begriff wird Clark in einer medialen Explosion von rechten Parteien entris-

Die verlorene Mu

Im Jahr 2018 gibt die afroamerikanische Medienwisse-
neuen Phänomens der Cancel Culture. Doch der Be-
Porträt über die einstige Schöpferin des Cancells u



sen und zur Drohkulisse instrumentalisiert. Cancellen wird stilisiert als Synonym für einen vermeintlich grassierenden Illiberalismus, ein Klima der Intoleranz und die zensurierenden „speech codes“ der Linken. Dieses neue Narrativ findet schnell Anklang bei den Mächtigen, den einflussreichen Männern und Frauen aus Kultur, Politik und den Medien.

Kurz bevor der offene Brief im *Harper's Magazine* erscheint, gehen Millionen Menschen auf die Straße und demonstrieren. Nicht nur für den grausam erstickten George Floyd, sondern auch für den beim Joggen ermordeten Ahmaud Arbery und die von der Polizei erschossene Breonna Taylor. Weltweit fordern Menschen Gerechtigkeit, sprechen sich gegen Rassismus, Polizeigewalt und das Unrecht aus, das Schwarze tagtäglich erleben. All das ist für das neue Narrativ um Cancel Culture zu diesem Zeitpunkt nicht mehr wichtig. Die Unterzeichner:innen des offenen

atter des Cancelns

nschaftlerin Meredith Clark die erste Einordnung des
griff wird ihr entrissen und das Narrativ gedreht. Ein
und ihren Kampf gegen die *weiße* Deutungshoheit.



© Alyssa Stone

Briefs fürchten stattdessen um ihre Gastprofessuren und die Daseinsberechtigung ihrer Bücher. In ihrem Essay schreibt Clark, das Canceln sei von der sozialen Elite zweckentfremdet worden, um marginalisierte Gruppen in einer vermeintlich gerechten Öffentlichkeit wieder zum Schweigen zu bringen. Denn wieder einmal, das wird ihr anhand des perfiden Briefs deutlich, verschwindet ein Schwarzer Ruf nach Gerechtigkeit unter der Deutungshoheit einer *weißen* Öffentlichkeit.

Dieses Schema verfolgt Clark bereits ihr ganzes Leben lang. Es widert sie an: Als sie 16 Jahre alt ist, wird der Sohn ihrer Haushaltshilfe Ms. Sullivan ermordet. Tony war in Drogengeschäfte und kriminelle Aktivitäten verwickelt gewesen. Bei einer Hausdurchsuchung versteckt er sich im Wandschrank, er ist unbewaffnet. Die Polizei erschießt ihn an Ort und Stelle. Clark sieht dabei zu, wie die Presse ihn vom Opfer zum Täter macht,

wie Ms. Sullivan nicht nur mit dem Verlust ihres Sohnes, sondern auch mit seiner öffentlichen Diffamierung zu kämpfen hat. In jenem Moment erkennt Clark zum ersten Mal, dass die Polizei nicht alle Menschen ausschließlich schützt. Sie fühlt sich hilflos. Und sie ist wütend darüber, wie in den Nachrichten über Tony berichtet wird.

Genauso wütend ist sie damals, als sie in Florida studiert. Ein Junge wird in einer Erziehungsanstalt für kriminelle Jugendliche von Wärter:innen zu Tode geprügelt. Clark hilft dabei, Proteste zu organisieren. Es ist ein Aufschrei gegen das Unrecht, eine Forderung nach Konsequenzen. Den Begriff „Cancel Culture“ gibt es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Aber es gibt die afroamerikanische Rechenschaftspraxis des Call-Outs: Nach den brutalen, rassistisch motivierten Ermordungen an dem 17-jährigen Treyvon Martin, Michael Brown und anderen unschuldigen Schwarzen, nutzen immer mehr Menschen verstärkt die Online-Plattform *Twitter*, um jene Machthabende zur Rede zu stellen, die sie sonst niemals erreicht hätten. Daraus entsteht auch die Black Lives Matter-Bewegung, die aus Schwarzer Perspektive öffentlichkeitswirksam auf Polizeigewalt aufmerksam macht.

Clark hat schon früh gelernt, dass die Machtlosen wenig Möglichkeiten haben, gegen die Elite aufzubegehren. Sie wächst in Lexington, Kentucky auf, einem ehemaligen Sklavenstaat. Die Spuren der Föderation spürt Clark schon in ihrer Kindheit. Sie lebt in einer schlecht integrierten Gegend, ihr Bruder und sie sind zwei der wenigen Schwarzen Kinder an ihrer Schule. Ihre Lebensumstände beschreibt sie trotzdem als privilegiert: Ihre Mutter Bonnie ist Ärztin, ihr Vater John Elektriker, ein sogenannter „blue collar worker“. Bonnie bleibt immer respektvoll, erträgt so jedes Unrecht. John ist charmant, aber er duldet keine Dummheit oder Ignoranz. Von ihren Eltern weiß Clark, wann sie besser still ist. Und wann sie zum verbalen Gegenschlag ausholen muss. Das kann sie besonders gut.

Auch jetzt ist sie gerade in ihrem Elternhaus, sie kümmert sich um ihre Mutter. Gerade musste die Katze der Familie eingeschlafert werden, alle haben sich zusammengefunden, um zu trauern. An die heutige Bedeutung von Canceln glaubt sie nicht mehr. Zu sehr hat sich der Begriff von seinen Ursprüngen entfremdet. Aber sie glaubt weiterhin an den afroamerikanischen Call-out. Und sie glaubt daran, dass die Mächtigen weiterhin zur Rechenschaft gezogen werden müssen, auf welche Art auch immer: „Jeden Tag werden Schwarze in den amerikanischen Medien auf übertriebene, fehlgeleitete Weise dargestellt. Ich glaube nicht, dass ich zu meiner Zeit noch eine kulturell kompetente Welt erleben werde. Aber ich denke, dazu beizutragen ist eine gute Art und Weise, mein Leben und meine Zeit zu nutzen.“ Jetzt wird sie erst einmal ihre Brille abnehmen und die Stille genießen. Zumindest heute muss sie sich nicht mehr ärgern.

Buchkritik

Jürgens Identitätspolitik

Adrian Daubs neues Buch wirkt erfrischend gegen den faden Geschmack, der sich in diesem Diskurs schon lange festgesetzt hat. In „Cancel Culture Transfer: Wie eine moralische Panik die Welt erfasst“ vertritt er die kontraintuitive Meinung zum vorherrschenden Cancel Culture Diskurs: Nämlich, dass die Meinungsfreiheit nicht in Gefahr, junge Linke nicht die Sündenböcke und alte, *weiße* Männer lange noch nicht mundtot sind.

Adrian Daub ist *weiß*, männlich, naja zumindest mittelalt, deutsch (geboren in Köln) und Professor (für Literaturwissenschaften in Stanford). Damit erfüllt er alle Kriterien, um laut dem *Spiegel* „ins Visier eines erregungsbereiten Internetmobs [zu] geraten“ und wäre außerdem in perfekter Position, um als Mann von Welt zu erklären, warum man Angst vor Cancel Culture haben sollte. In seinem 2022 erschienenen und ein Jahr später neu aufgelegten Buch „Cancel Culture Transfer“ bestätigt Daub weder sich selbst oder andere „alte *weiße* Männer“ in ihrer Opferrolle, noch betreibt er großartiges Mansplaining. Vielmehr nutzt er seine Position und Expertise, um den Fokus darauf zu lenken, dass weitgehendst diejenigen über Sprechverbote zu klagen scheinen, die dann aber auf Titelseiten, in Talkshows und ihren eigenen Medien selbst ausführlich darüber sprechen.

Die rund 370 Seiten wirken zunächst wie ein Selbstgespräch des Autors, der in willkürlich scheinender Reihenfolge seine Gedanken zum Thema wissenschaftlich fundiert darlegt. Am Ende konstruiert er jedoch ein klares Bild des aktuellen Diskurses, das es so wohl zum ersten Mal gibt. In vielen Teilen des Buches kehrt er der Cancel Culture Debatte fast gänzlich den Rücken und widmet sich stattdessen den gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und geschichtlichen Rahmenbedingungen, die das Thema überhaupt in die Öffentlichkeit getragen haben.

Daub tut damit etwas, das längst überfällig ist. Im Gegensatz zu einigen anderen Cancel Culture Texten,

die er pointiert als übertrieben outet, prüft er dazu zentrale Behauptungen derjenigen, die besonders vehement vor einem Klima der Intoleranz warnen. Reduziert man diese auf ihre Fakten, und das tut Daub anhand akribischer quantitativer Analysen, bleibt von einer ganzen Kultur des Cancelns nicht mehr viel übrig. Stattdessen findet sich der:die Leser:in vor einer Sammlung loser Anekdoten, die sich so oder eben doch nur so ähnlich zugetragen und sich mitsamt irren Kausalitätssprüngen in einem Narrativ der weltweit grassierenden Meinungsdictatur verfangen haben.

Zu Beginn rekonstruiert er die Ursprünge des Cancelns, die sich nach seiner Recherche in einer kleinen Nische der Internetkultur befinden, die von jungen Menschen besetzt war. Dort beschwerten sich Nutzer:innen über Fehlritte von Celebrities, die man eigentlich verehrte. Mit #Cancel[XY] drückte man mit einer guten Portion Ironie seine Enttäuschung aus - man wusste, dem Star konnte es egal sein, ob man als eine:r von vielen beschloss, ihn:sie zu canceln. #CancelCulture hatte die Unzufriedenheit mit einem Zustand ausgedrückt, während bestehende Machtverhältnisse wohl wissend ignoriert wurden. Mehr noch: es war ironischerweise ein Eingeständnis ebendieser Machtlosigkeit.

Canceln gelangte schließlich durch Kanye West, der zuletzt durch seine antisemitischen Aussagen ins Visier der Öffentlichkeit geriet, in den Mainstream. Im Sommer 2018 echauffierte sich der Rapper in einem Interview mit der *New York Times*, er sei gecancelt worden, weil er Donald Trump nicht gecancelt habe. Die

neue Phrase fand aus seinem Mund direkt Anklang und in einer eifrigen Suche nach dem, was sie wohl heißen möge, legte sich eine Verzerrung über die andere. West hatte dem Canceln mit nur einem Interview die einstige Ironie entzogen und Macht verliehen. Die immanente Bedeutung des Wortes, das auf einmal jede:r zu kennen und zu fürchten schien, nämlich die des Löschens und Ausradierens, spielte einem besonders in die Karten: dem damals amtierenden US-Präsidenten Donald Trump. In einer bezeichnenden Rede erklärte er Cancel Culture 2020 zur „Definition des Totalitarismus“ und politischen Waffe „linksextemer Faschisten“. Unter ihm wurde Cancel Culture mit der, auch die in Europa vertretenen These versehen, dass man es mit einer zweiten Welle der Politisch Korrekten zu tun habe, die die freie Meinungsäußerung bedrohte. Daub erzählt dieses erste Drittel seines Buches unbeschwert und fesselnd, dass es sich mit wenig Aufwand lesen lässt.

Leider erscheinen die nächsten Abschnitte jedoch etwas verkopft. Zwei Kapitel widmen sich den einflussreichen Deutungsmustern des Campus-Roman-Genres in der Reagan-Ära. Diese Zeit gilt als Beginn der Warnungen vor Universitäten als Bastion des Illiberalismus und der Politischen Korrektheit. Ohne Vorwissen der amerikanischen Politiklandschaft der letzten 30 Jahre wird es hier etwas schwierig. Dennoch überbrückt Daub diese zähe Passage durch sein amüsanter Sprachspiel und setzt die behandelten Inhalte nicht weiter voraus. Diese Kapitel, auch wenn nicht ganz optimal, tun dem Buch im Grunde genommen keinen großartigen Abbruch.

Daub findet zum Ende hin seinen markanten Schreibstil wieder und zieht insbesondere die deutschsprachigen Medien in Rechenschaft, die die bereits bestehenden Verzerrungen durch US-Medien und rechte Politiker:innen sowie den amerikanischen Kontext der Debatte ungefragt übernommen haben. Dadurch stilisierten sie den Kulturkampf aus Übersee zu einer, dem Buch titelgebenden, moralischen Panik in unverhältnismäßiger Größe und Relevanz.

Daubs pointierte Erzählgabe bringt auf unterhaltsame Weise wieder Struktur in die diskursive Explosion um Cancel Culture. Gekonnt und humoristisch kritisiert Daub die oberflächliche Recherche berichterstattender Medien. So führt er beispielsweise einen Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* von 2019 an, der behauptet, der Begriff des Cancelns ginge auf die Kanzel in der Kirche zurück. Dies lässt sich durch die einfache Verwendung von *Google* widerlegen. Generell sei das Internet, dessen Verständnis für eine korrekte Einordnung der Cancel-

Culture-Problematik wichtig wäre, für diejenigen, die darüber schreiben, ohnehin etwas Fremdes. Oder sogar ein Gräuel, meint Daub. Durch sein gewitztes Sprachspiel muss er nicht einmal den Finger heben, um auf die Hauptakteur:innen dieser Entwicklungen zu zeigen. Er resümiert beispielsweise zynisch, Kritik der Identitätspolitik sei oft nicht mehr als Identitätspolitik für Menschen, die Jürgen heißen.

Daub hat sein Buch mit derselben Note Ironie niedergeschrieben, die einst dem Canceln inne war. Dabei stellt er ständig Bezüge in die Praxis her, erklärt, ohne zu belehren und überbrückt damit auch den ein oder anderen komplizierten Abschnitt. Auch wenn hin und wieder bei Aufzählungen zu weit ausgeholt wird – man hat bei Drittens schon vergessen, dass überhaupt ein Drittens ausständig war und was bei Erstens behandelt wurde – kann man sich als Leser:in vertraut an der Hand nehmen und durch die Komplexität dieses Themas führen lassen. Adrian Daub ist mit „Cancel Culture Transfer“ ein Buch gelungen, das diese Debatte dringend gebraucht hat.



Adrian Daub

Cancel Culture Transfer

Wie eine moralische Panik

die Welt erfasst

edition suhrkamp

SV

Kommentar

Tanz mit mir den Fraser, Uni Köln

Die Philosophin Nancy Fraser fühlt sich gecancelt, nachdem die Universität zu Köln sie eingeladen hat. Dabei fällt sie ihrer eigenen Doppelmoral zum Opfer.

Die Universität zu Köln hat die Albertus-Magnus-Professur der Philosophin Nancy Fraser abgesagt. In einer Stellungnahme nennt die Universität Frasers Unterschrift unter dem umstrittenen offenen Brief „Philosophy for Palestine“ vom November 2023 als Grund für die Ausladung. Kritiker:innen dieser Entscheidung berufen sich auf die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, Fraser selbst sagt in einem Interview mit der *ZEIT*, sie sei aufgrund ihrer Auffassung „gecancelt“ worden.

Es wirkt wie schmerzliche Ironie, Frasers Ausladung als einen Angriff auf die akademische Freiheit zu wännen. In dem offenen Brief fordern sie und knapp 400 andere Unterzeichner:innen, unter welche sich auch die nicht unumstrittene Judith Butler mischt, einen Boykott aller israelischen Institutionen, auch und gerade der Universitäten. Während sich Fraser im Nachgang des Zwischenfalls mit der Universität zu Köln also selbst darüber erzürnt, „warum eine Universität überhaupt eine politische Haltung hat“, scheint sie kein Problem damit zu haben, israelische Universitäten für einen Krieg bestrafen zu wollen, den diese als „unpolitische“ Institutionen überhaupt nicht führen können – zumindest ihrer Logik folgend. Immerhin sagt Fraser, eine Universität sei nur „der freien Forschung und Lehre verpflichtet und der Suche nach der Wahrheit“.

Zu dieser Wahrheit gehört auch, dass Fraser einen Brief unterschrieben hat, der die Verantwortung an dem

Pogrom der Hamas vom 7. Oktober auf Israel selbst schiebt. Nun fühlt sich Fraser zu Unrecht „gecancelt“, schließlich sei sie ein freier Mensch und habe ja „niemanden getötet“, sagt sie. Fraglich ist ihre Argumentationsgrundlage vor allem in Lichte dessen, dass der Brief in einer perfiden Täter-Opfer-Umkehr auch diejenigen nicht zu „canceln“ scheint, die tatsächlich Menschen geschunden, vergewaltigt, verstümmelt, gefoltert und letztlich getötet haben. Die Suche nach der Wahrheit scheint für Fraser eher eine kurze gewesen zu sein, zumal sie sich in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* dazu bekennt, kein großes Fachwissen vom Nahen Osten zu besitzen.

Zu diesem ungelungenen Tanz mit der Universität zu Köln hat Nancy Fraser mit ihrer vorschnellen Unterschrift selbst gebeten. Sich in einer (akademischen) Aushandlung politischer und gesellschaftlicher Grundsätze wiederzufinden, dürfte Fraser als Professorin für Philosophie eigentlich nicht neu sein. Schließlich verstehen sich Universitäten nicht nur als Ausbildungsstätten, sondern gerade als Sphären der Kritik, des Dissens und der Infragestellung. Nun bittet die Philosophin die Universität und die deutsche Öffentlichkeit aufs Parkett, wer die Führung übernimmt, ist klar: Fraser tanzt durch die großen Medien des Landes um einzelne Begrifflichkeiten herum und lässt dabei kaum Gelegenheiten aus, ihre eigenen Werke zu bewerben. Mit Canceln hat das nichts zu tun, noch weniger mit geminderter Meinungsfreiheit.

Interview

„Die alten weißen Männer kriegen jetzt auch ein Stigma“

Vor knapp 30 Jahren schrieb der Kulturwissenschaftler Diedrich Diederichsen ein Buch über die „Keule im politischen Nahkampf“, die Political Correctness. Ein Gespräch mit einem alten *weißen* Mann über die Unmarkiertheit alter *weißer* Männer und die Erfolgsgeschichte eines diskurspolitischen Narrativs.

Krawall | Herr Diederichsen, liest man Ihr Buch heute, könnte es genauso gut von der Cancel Culture handeln. Warum führen wir jetzt wieder diese Debatte?

Diedrich Diederichsen | Ich würde sagen, diese Diskussion war nie weg. Die gab es schon, bevor ich das Buch geschrieben habe, und die gibt es seitdem, natürlich in unterschiedlichen Ausprägungen, mit verschiedenen Themen und Anlässen.

Na gut, warum führen wir immer noch diese Debatte?

Die Bereitschaft, sich immer wieder auf die gleiche Weise zu empören, hängt mit dem Gefühl zusammen, dass die Welt nicht mehr so ist, wie sie mal war. Es stabilisiert die verunsicherte Person, von außen bestätigt zu bekommen, was sie denkt. Die Wiederholung der empörten Geste, aber auch das Belächeln stabilisiert sie, denn das kennt sie schon. Man kommt sich abgekoppelt oder anachronistisch vor, aber wenn man dafür einem bestimmten externen Phänomen die Schuld geben kann, geht es einem besser. Und sobald jemand dafür einen Begriff hat und Anekdoten, die diesen illustrieren, umso besser.

Was hat sich denn von den alten klassenkämpferischen Bewegungen zu den heutigen verändert?

Die hegemoniale Mitte-Rechts-Kultur des globalen Nordwestens hat im aktuellen Kulturkampf nicht mehr mit einer mobilisierten Arbeiterklasse zu tun, sondern mit den Kindern der Mittelklasse, die alle möglichen linken Solidaritäten über die Welt verteilen. Die prägen

jetzt den Kulturkampf. Es handelt sich eben nicht mehr um einen Klassenkampf von oben im klassischen Sinne, sondern um einen Kulturkampf innerhalb der Mittelschicht. Dabei schließt die rechts-hegemoniale Seite Teile der Mitte und der Sozialdemokraten mit ein und wendet sich gegen die abweichende, queer-feministische, linke, antirassistische und hauptsächlich von jüngeren Protagonist:innen bestimmte Seite. Die unteren Klassen und die aus anderen Gründen Ausgeschlossenen sind zwar als Adressat:innen linker Solidarität dabei, sonst aber kaum.

Sehen Sie das als Problem?

Ja, dadurch bleibt es dabei, dass die Bessergestellten Forderungen klassenintern unter sich ausbaldowern. Und diejenigen, die einer Unterschicht angehören, zum Beispiel der stark rassistisch diskriminierte Teil der Bevölkerung, die sind an diesem Diskurs, an diesen Forderungen gar nicht beteiligt. Und es ist nicht nur so, dass sie nicht daran beteiligt sind, sondern dass sie ganz oft von rechts beziehungsweise neo-traditionell gewonnen werden können. Zu Zeiten, als diese klassenkämpferischen und, ich nenne sie mal bürgerrechtlichen Bewegungen noch zusammengeführt wurden und Koalitionen bildeten, war das nicht so leicht.

Zu den Bessergestellten gehören vorrangig die klassischen „alten weißen Männer“. Genau die landen jetzt gerne in der Rolle der Opfer im Narrativ der Cancel Culture-Anekdote. Wie passt das zusammen?

Mal vorweg: Man hat es beim angeblichen Canceln mit einem paradoxen Mechanismus zu tun. Seit es den Begriff gibt, stellt sich Canceln eher als etwas heraus, das



die Bekanntheit einer Person steigert, als dass sie dadurch zum Verstummen gebracht wird. Dass man es dabei hauptsächlich mit alten *weißen* Männern zu tun hat, ist komplex. Einerseits geht es bei allen möglichen Bewegungen darum, die relativ ungestörten Machtausübenden zu stören. Wenn sich ein spezifischer Mächtiger als übergriffig herausstellt, dann entspricht das nur der Logik einer solchen Bewegung, sowas kenntlich zu machen und die Verhältnisse entsprechend umgestalten zu wollen. Das hat einen inhaltsbezogenen Kern, der deswegen viele alte *weiße* Männer betrifft, weil die auch tatsächlich dessen schuldig sind.

Sie sagten „einerseits“ – und andererseits?

Andererseits gibt es natürlich diesen Komplex, dass sich alte *weiße* Männer als Ganzes bedroht fühlen. Das betrifft nicht so sehr die Tatsache, dass sie Angst haben, gecancelt zu werden, weil sie gestern Nacht mal wieder zu viel getrunken haben. Das liegt daran, dass sie als Gruppe bislang nicht markiert waren, im Gegensatz zu allen anderen, die alle markiert sind: alle Frauen, alle nicht *weißen* Personen, alle nicht *weißen* Frauen und so weiter. Die konnten nie einfach nur das sein, was sie in ihrer Fülle und in ihren Begabungen sein wollten, sondern hatten immer einen Namen, eine Markierung, ein Stigma. Das kriegen die alten *weißen* Männer jetzt auch.

Beim Abbau dieser Markiertheit geht es ja auch um gerechte Sprache. Damit sind jetzt gar nicht Regelungen wie das Gendersternchen gemeint, sondern dass man verstärkt darauf achten sollte, keine verletzenden oder stigmatisierenden Ausdrücke zu verwenden. Weist man andere darauf hin, lautet die Antwort oft: „Das wird man wohl noch sagen dürfen“. Darf man?

Dieser Ausspruch ist mittlerweile ein vergifteter, den so niemand mehr ernsthaft in den Mund nehmen würde, denke ich. Aber klar, das war jahrelang eine Berufung auf die Naturwüchsigkeit der Sprache. Und davon profitieren natürlich immer nur die Unmarkierten. Sie berufen sich darauf, dass die Dinge halt so sind, wie sie eben sind. Das betrifft gerade das alltägliche Sprechen, weil es stark mit der Normalität der Identität zu tun hat. Aber es ist eine Erkenntnis, die mittlerweile auch die Leute erreicht hat, die sich lange dagegen gewährt haben: Dass Sprache selbstverständlich nicht naturwüchsig ist.

In diesem Zusammenhang hört man oft die Bezeichnung „Mundtotmachung“, also dass jemandem verboten wird, zu sprechen, wenn er oder sie sich in den Augen anderer nicht korrekt ausdrückt. Dabei meint gerechte Sprache vielmehr, dass Menschen, wie eben alte *weiße* Männer, ihre Normalitätsprivilegien mal überdenken sollten. Das

hat doch nichts mit einem Verbot zu tun, oder?

Normalität bedeutet unmarkiert sein. Unmarkierte mussten ihre Sprache bisher nicht überdenken. Meistens werden sie jetzt in einem sozialen Kontext darauf hingewiesen, dass man etwas nicht mehr sagen oder tun sollte – unter Arbeitskolleg:innen, innerhalb der Familie oder einer anderen Gruppe. Und dieser Hinweis hat ja meist kontextuelle, gute Gründe. Die Behauptung, dass einem etwas verboten wird, kommt oft daher, dass dann aus diesem Einzelfall eine Regel abgeleitet wird, obwohl das selten so gemeint war. Und diese Regel findet derjenige dann falsch, anmaßend oder lebensfremd.

Haben Sie hier ein konkretes Beispiel?

Nehmen wir die Poetin Amanda Gorman, die das Gedicht zur Amtseinführung von Joe Biden vorgetragen hat. Das sollte dann ins Niederländische übersetzt werden. Und dann hat jemand gesagt, das sollte aber nicht eine *Weiße* machen, die von dem ganzen Background, mit dem Gorman zu tun hat, nichts versteht. Aber der beinhaltet nicht nur, dass sie einen afroamerikanischen Hintergrund hat, sondern dass sie als Slam-Poetin auftritt. Daraus ergibt sich eine ganz bestimmte Art von Poesie und ein ganz spezieller kultureller Kontext. Und daraus wird dann die Regel abgeleitet, dass *Weiße* Schwarze nicht übersetzen dürfen, was natürlich irre ist. Das wurde nie gefordert, sondern das sagen nur diejenigen, die daraus eine Ableitung vornehmen und diese zum Skandal machen.

Machen Medien die Thematik also größer als sie ist?

Das ist nicht das Problem, finde ich, das machen Medien eben. Aber sie lenken die Debatte schon in eine gewisse Richtung. Ich glaube, man hat es hier mit einer Bereitschaft von Wiederholung der immergleichen Dinge zu tun, einer Bereitschaft, den eigenen Ekel vor Langeweile zu überwinden und immer wieder die gleichen Dinge in den Mittelpunkt zu stellen. Wir befinden uns in einer medialen Konstellation, in der man es schon mit einem Kulturkampf zu tun hat, man aber versucht, diesen nicht als die klassische Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts erscheinen zu lassen. Obwohl man sie meistens in maskierter Weise genau so weiterführt.

Was schlagen Sie vor?

Die viel größere Erkenntnis dieser Debatte ist, dass viele Menschen an ihr nicht beteiligt sind. Denn sie sind so strukturiert, dass viele gar nicht daran teilnehmen können. Es braucht deutlich mehr Zugänge für diejenigen, die nicht der Mittelschicht angehören, die nicht *weiß* sind. Und das hat letztendlich wieder mit Klassenverhältnissen zu tun.

Meldung

Teilweise rechtsextreme Partei AfD kritisiert Paket gegen Rechtsextremismus

In einer von der *AfD* beantragten Aktuellen Stunde beklagte jene Fraktion eine bedrohte Meinungsfreiheit durch staatliche Übergriffe im Zuge des Demokratiefördergesetzes. *SPD* und *Union* sehen wiederum in der *AfD* selbst eine Gefahr für die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Die *AfD* hält das von der Bundesregierung geplante Paket gegen Rechtsextremismus für verfassungswidrig. Die Regierung würde bestimmen wollen, was die Deutschen sagen und denken dürfen, so der *AfD*-Abgeordnete Gottfried Curio. Am Freitag, den 23. Februar 2024, hatte jene Partei eine Aktuelle Stunde als Antwort auf das zuvor vorgestellte Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus von Bundesinnenministerin Faeser (*SPD*) gefordert. Das damit in Verbindung stehende „fälschlich sogenannte Demokratiefördergesetz“ benennt Curio als einen „Etikettenschwindel“, von dem allein „linksgrüne Organisationen profitieren, aber sicher nicht die Demokratie“. Mitglieder des Familien- und Innenministeriums, welche für den Gesetzesvorschlag verantwortlich sind, seien in seinen Augen „Verfassungsfeinde“. Der deutsche Verfassungsschutz hat die *AfD* jüngst als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft. Teile der Partei gelten als gesichert rechtsextrem.

Die *SPD*-Abgeordnete Dorothee Martin sieht in dem vorgebrachten Anliegen allerdings eine diskurspolitische Täter-Opfer-Umkehr. So sei es die *AfD* selbst, die die Meinungsfreiheit Deutschlands aktiv bekämpfe. „Sie bedrohen Menschen, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen“, sagt Martin an die *AfD* gerichtet. Der

Fakt, dass die Partei trotzdem weiterhin im Bundestag und überall sonst frei reden könne, auch wenn die Meinung der *AfD* „jeden Anstand vermissen lässt“, sei Indiz genug für die uneingeschränkte Meinungsfreiheit in Deutschland, so Martin. Auch Philipp Amthor (*CDU/CSU*) macht deutlich, dass der „wehleidige Opfermythos [der *AfD*] keine richtige Interpretation der Meinungsfreiheit“ sei. Er stellt allerdings auch klar, dass der Staat sich beim Kampf gegen Extremismus nicht als absoluten Hüter der Wahrheit sehen dürfe.

Das von der *AfD* kritisierte Paket gegen Rechtsextremismus wurde am 13. Februar 2024 von Bundesministerin Nancy Faeser (*SDP*), dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang und dem Präsidenten des Bundeskriminalamts Holger Münch vorgestellt. Konkret geht es darin um die Stärkung der Resilienz der Demokratie, die in 13 Maßnahmen aufgeschlüsselt wird. Darunter fallen beispielsweise die Bekämpfung von Hass im Netz, das „Zerschlagen“ von rechtsextremen Netzwerken samt ihren Finanzquellen und „Waffen“. Das Paket baut auf dem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vom März 2022 auf und steht in Verbindung mit dem teils umstrittenen Entwurf des Demokratiefördergesetzes vom Dezember desselben Jahres.

Gefährdet Cancel Culture die Demokratie?

Möglicherweise, meint der Philosoph Robert Pfaller, denn heute lässt man Andersdenkende nicht mehr zu Wort kommen. Die Journalistin Sonja Eismann widerspricht: Endlich können mehr Menschen am gesellschaftlichen Diskurs öffentlichkeitswirksam teilnehmen.

Krawall | Vielleicht sollten wir zu Beginn gleich die Begrifflichkeiten klären: Was verstehen Sie unter „Canceln“?

Sonja Eismann | Unabhängig von der Frage, ob es Cancel Culture überhaupt gibt oder wer wen cancelt, bedeutet Canceln für mich, dass einer Person im öffentlichen Diskurs die Zuhörer:innenschaft entzogen wird.

Sie sagten „unabhängig davon, ob sie existiert“ - Ist Cancel Culture denn bloß eine Fiktion?

Es ist komplex: Einerseits ist sie ein Konstrukt und andererseits existiert sie schon, bloß in einer anderen Form, als sie medial transportiert wird. Es besteht die allgemeine Auffassung von einem organisierten Netzwerk oder sogar einer Armee von Leuten, die ihre „woke“, moralische Reinheitsvorstellung durchsetzen und andere Stimmen unterdrücken würden. Bei diesem Narrativ handelt es sich eher um ein Schreckgespenst, das von der politischen Rechten aufgebaut wird, um zu suggerieren, es gäbe keine Meinungsfreiheit mehr und gewisse, ich würde sagen normierte Identitäten, würden in ihrer Existenz bedroht. Ich sehe nicht, dass das in der Realität so passiert.

| Das ganze Interview ab Seite 21

Robert Pfaller | Einzelne, privilegierte Mitglieder gesellschaftlich unterprivilegierter Gruppen versuchen, für sich selbst Vorteile im Kulturbetrieb herauszuschlagen, indem sie andere, die meist übrigens für dieselbe Sache kämpfen, zum Schweigen bringen. Sie nützen damit vielleicht sich selbst, schaden aber der Gruppe, der sie angehören, als Ganzes.

Zum Beispiel?

Im Jahr 2018 haben Mitglieder der Transgender-Community lautstark protestiert, weil die Filmrolle eines transsexuellen Zuhälters mit der weiblichen Schauspielerin Scarlett Johansson besetzt werden sollte. Und haben sich dann womöglich selbst auf die frei gewordene Rolle beworben. Wenn sich ihre Forderungen durchsetzen, dann dürfen transsexuelle Schauspieler fortan nur noch die wenigen Rollen von Transsexuellen spielen. In der Vergangenheit dagegen war es für Angehörige sexueller Minderheiten ein Vorteil, dass sie auch andere Rollen spielen konnten. Homosexuelle Schauspieler wie zum Beispiel Rock Hudson konnten in vielen Filmen erfolgreich die Rolle des Frauenschwarms spielen.

Hat man es wirklich mit einer ganzen „Kultur“ des Cancelns zu tun? Das klingt ein wenig wie ein organisiertes Netzwerk, oder nicht?

Die Breitenwirkung dieses Phänomens lässt sich wohl kaum bestreiten – nicht nur, wenn man zum Beispiel an die zahlreichen Vorschläge zum Umschreiben beliebter Kinderbücher denkt. Jeder dieser Fälle zieht eine ganze Kette weiterer Einschüchterungen und vorausseilender Selbstknebelungen nach sich, die oft nicht an die Öffentlichkeit kommen. Um das Systematische des Phänomens erklären zu können, muss man aber nicht von einem durchdachten Plan ausgehen, einem Netzwerk oder gar einem Superhirn, das dahinter steckt.

Sondern?

Für so etwas genügen in der Wirklichkeit schon ein paar geschickte nützliche Idioten, die ihre Chance wittern angesichts der Empfänglichkeit bestimmter Institutionen für solche Vorstöße. Man darf nicht übersehen, dass gerade die Leitung von Kulturinstitutionen und die Kulturpolitiker eine ganze Menge an politischem Prestige für sich lukrieren können, wenn sie diesen infamen Unsinn ernst nehmen. Strukturell handelt es sich um Formen des Zusammenspiels, die der Paartherapeut Jürg Willi unter dem Begriff „Kollusion“ scharfsinnig erkannt hat: Der eine hat eine gewünschte Erwartung und der andere spielt ihm genau das vor, was jener gerne sehen möchte – zum Beispiel eben einen Benachteiligten oder einen besonders Empfindlichen.

Sehen Sie hier ein Muster, wer in der Cancel-Debatte in welche dieser Rollen schlüpft?

Es gibt Gruppen, die in der Gesellschaft benachteiligt sind, aber trotzdem einige wenige Vertreter haben, die innerhalb des Kulturbetriebs alles andere als unterprivilegiert sind, sogar dort große Vorteile genießen. Die „Cancelnden“ sind in der Regel lautstarke, privilegierte Angehörige oder selbsternannte Sprecher gesellschaftlich unterprivilegierter Gruppen. Und weil dieser Kulturbetrieb gerne so tut, als könnte er reale Nachteile imaginär ausgleichen, tendiert er zur Überrepräsentation dieser lautstarken Typen. „Gecancelt“ werden in der Regel jene Leute, die diesem Trug gefährlich werden könnten, also kritische Stimmen wie Marxisten, Feministinnen der zweiten Generation, klassische Liberale, antirassistische Kämpfer außerhalb der jeweiligen betroffenen Gruppe sowie erstklassige Kunstschafter und Wissenschaftler.

Wäre die Diskussion eine andere, wenn alle Bürgerinnen und Bürger über gleiche Teilnahmechancen am öffentlichen Diskurs verfügen würden?

Sicherlich sind die Chancen sämtlicher Stimmen nicht gleich verteilt. Doch diejenigen Stimmen und Interessen, die wirklich ungehört und unberücksichtigt bleiben, sind mit Sicherheit nicht diejenigen, die der Kultur- und Medienbetrieb mit Vorliebe als Benachteiligte präsentiert und privilegiert. Vor allem aber darf man eines nicht vergessen: Das Gehörtwerden im öffentlichen Diskurs ist beileibe nicht das wichtigste Ziel des politischen Kampfes. Da gibt es doch etliche stumme Eminenzen, Oligarchen in Ost und West, die ganz ohne sich Gehör zu verschaffen, oder gerade deshalb, den größten Anteil des gesellschaftlichen Reichtums kontrollieren.

Ändert Cancel Culture etwas an diesen Teilnahmechancen?

Sie hilft einzelnen Vorzeigee Exemplaren und schadet dafür der Gruppe, in deren Namen sie sich aufplustern. Man kann das am Beispiel des neuseeländischen Künstlers Luke Willis Thompson sehen. Er hat fidschianische Wurzeln und hat in seiner Kunst die Gewalt gegen Schwarze in den USA kritisiert. Dadurch wurde er zum Gegenstand einer Kampagne des Schwarzen Londoner Kunstkollektivs *BBZ* mit dem Titel „Black Pain Is Not For Profit“. Anstatt den Künstler als willkommenen Mitstreiter für die gemeinsame Sache zu behandeln, versucht man ihn zu verdrängen. Das zeigt: Den Kritikern geht es nicht darum, die Lage ihrer Gruppe zu verbessern, sondern darum, dass sie, indem sie sich im Kulturbetrieb im Namen dieser Sache engagiert zeigen, Prestige und Profit für sich selbst lukrieren können.

Was sagen Sie, wo liegen die Grenzen des Sagbaren?

Jeder, der öffentlich etwas Dummes oder Falsches sagt oder tut, soll die Gegenargumente auch zu hören bekommen. Man muss schlechte Argumente mit besseren Argumenten, blöde Songs mit besseren Songs, bekämpfen. Jemandem, der falsche Ansichten vertritt, den Mund zu verbieten, ist schädlich, weil man es ihm damit erspart, widerlegt zu werden. Eine Gesellschaft, die bestimmte Ansichten oder bestimmte Personen gezielt unterdrückt, verliert ihren demokratischen Charakter und damit ihre Erkenntnisfähigkeit. Selbst das noch so gut gemeinte Zensurieren wird darum letztlich immer nur den Interessen der Mächtigsten dienen.



© Fabian Plattner

Robert Pfaller ist österreichischer Philosoph und Professor an der Kunstuniversität Linz. In seinem neuesten Buch „Zwei Enthüllungen über die Scham“, beschäftigt er sich unter anderem mit der Cancel Culture, die er als „Sabotage an der Emanzipation“ beschreibt.

Gefährdet Cancel Culture die Demokratie?

Krawall | Vielleicht sollten wir zu Beginn gleich die Begrifflichkeiten klären: Was verstehen Sie unter „Canceln“?

Sonja Eismann | Unabhängig von der Frage, ob es Cancel Culture überhaupt gibt oder wer wen cancelt, bedeutet Canceln für mich, dass einer Person im öffentlichen Diskurs die Zuhörer:innenschaft entzogen wird.

Sie sagten „unabhängig davon, ob sie existiert“ - Ist Cancel Culture denn bloß eine Fiktion?

Es ist komplex: Einerseits ist sie ein Konstrukt und andererseits existiert sie schon, bloß in einer anderen Form, als sie medial transportiert wird. Es besteht die allgemeine Auffassung von einem organisierten Netzwerk oder sogar einer Armee von Leuten, die ihre „woke“, moralische Reinheitsvorstellung durchsetzen und andere Stimmen unterdrücken würden. Bei diesem Narrativ handelt es sich eher um ein Schreckgespenst, das von der politischen Rechten aufgebaut wird, um zu suggerieren, es gäbe keine Meinungsfreiheit mehr und gewisse, ich würde sagen normierte Identitäten, würden in ihrer Existenz bedroht. Ich sehe nicht, dass das in der Realität so passiert.

Wieso nicht?

Ein Beispiel zeigt besonders gut, dass Canceln nicht die Funktion hat, die man ihr nachsagt, und das ist die Debatte rund um Till Lindemann und Rammstein. Die Vorwürfe sexualisierter Gewalt haben ihm und der Band überhaupt nicht geschadet: Es gab keine Verkaufseinbrüche, die Konzerte liefen währenddessen super und laufen jetzt super. Die Band hat renommierte Rechtsanwältinnen auf ihrer Seite, tausende Fans, die bereit sind, sie im Netz zu verteidigen und natürlich die breite Öffentlichkeit, die sich mehr für das interessiert, was Rammstein sagt als irgendein junger Fan.

Warum hält sich die Angst vor einer Cancel Culture, wenn sie nicht so wirkmächtig ist, wie man meint?

Naja, grundsätzlich wird niemand gerne in der

Öffentlichkeit kritisiert oder sogar bloßgestellt. Und große Wellen der Empörung, wie Social Media sie begünstigen, wirken natürlich bedrohlich, denn man weiß nicht, woher das kommt, wie es sich entwickeln wird und wie viele Menschen da draußen dieser Meinung sind. Das gesellschaftliche Klima verändert sich und das bedeutet, dass einige ihre Privilegien abgeben und ihre Verhaltensweisen überdenken müssen. Im Umkehrschluss beschweren sich die, deren Identität früher als Norm galt und die daher ihre Privilegien nie hinterfragt haben, dass jetzt alle reihenweise gecancelt werden, nur weil sie männlich, weiß und oft auch noch alt sind, ohne sich mit den Gründen genauer auseinanderzusetzen.

In anderen Fällen wurden die Angeklagten allerdings verurteilt, man denke an R. Kelly oder Harvey Weinstein. Spricht das nicht für die Wirkmacht einer Cancel Culture?

Nur wegen einer Verurteilung sind diese Menschen meistens nicht dauerhaft gecancelt. Sie kommen irgendwann wieder zurück und können sich nicht selten rehabilitieren. Aber diejenigen, die eben die mutmaßlichen Opfer waren, leben ihr ganzes Leben damit. Sie werden extrem angefeindet und ihnen wird nicht dieser Rehabilitationsprozess gewährt. Man spricht immer von den Männern, die gecancelt werden, aber man muss sich mal ansehen, wie mit den Leuten umgegangen wird, die solche Vorwürfe vorbringen: Sie werden mit unglaublichem Hass überzogen im Netz. Da könnte man auch von einer Form des Cancels sprechen, die man aber nicht so nennt, weil die Personen Unbekannte sind. Aber auch das ist eine Form der Mundtotmachung.

Ist das die andere Ausprägung der Cancel Culture, die Sie vorher angesprochen haben?

Unter anderem. Es gibt auch Fälle, bei denen Personen wie Nancy Fraser von öffentlichen Institutionen eingeladen werden oder Politiker wie Yanis Varoufakis

nicht mehr nach Deutschland einreisen dürfen, weil sie sich zum Beispiel mit Palästina solidarisiert haben. Da kommt der Druck nicht von unten, von einer protestierenden Masse, sondern von oben. Und ich glaube, es sind diese Vorfälle, auf die wir stärker schauen sollten. Im Übrigen ist auch das, was einige Rechtspopulisten bis Rechtsextreme machen, eine Form von Canceln: Sie präsentieren alternative Fakten als ihre Wahrheit. Damit tun sie alle anderen Meinungen als Lügen ab und beenden jede Möglichkeit des Austauschs. Aber dass genau das eine wirklich folgenreiche Form des Cancelns ist, wird in der Öffentlichkeit so nicht benannt.

Warum ist das so?

Die Teilnahmekancen am öffentlichen Diskurs sind eben nicht für alle gleich. Die Habermas'sche Vorstellung, dass wir uns alle gesittet in so einem demokratischen Raum miteinander austauschen und das beste Argument gewinnt, funktioniert ja überhaupt nicht, weil die Leute gar keinen Zugang zu diesen Foren der Auseinandersetzung haben. Es gibt zwar Social Media, da können die Leute ihre Meinung kundtun. Aber auch hier stellt sich dann die Frage: Wer wird wirklich gehört und wessen Argumente werden ernst genommen?

Ändert sowas wie eine Cancel Culture denn etwas an den Teilnahmekancen aller Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Diskurs?

Ich würde an dieser Stelle eben noch einmal infrage stellen, ob das wirklich eine Kultur im Sinne einer organisierten Bewegung ist. Ich glaube schon, dass da was rumort, dass da eine Form von großem, geteilten Unmut gegenüber Ungerechtigkeiten besteht. Und ich glaube, dass Social Media bei der Veränderung des öffentlichen Raums hilft, indem dieser Unmut leichter geäußert und vielleicht auch organisiert werden kann.

Klingt nach einem „aber“?

Social Media Plattformen sind nicht dafür gemacht, politische Bewegungen zu kanalisieren. In ihrer Machart geht es nicht um nachhaltige, politische Veränderungen. Dagegen spricht, dass Bewegungen wie #MeToo daraus hervorgegangen sind, die dann aber auch auf das reale Leben übergegangen sind. Es muss also auch eine Verankerungen in der physischen Welt stattfinden. Man müsste einen Weg finden, diese

geäußerte Kritik nachhaltig zu verankern, indem zum Beispiel an juristischen Strukturen gearbeitet wird.

Was wäre Ihrer Meinung nach denn ein konstruktives Canceln?

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht sofort jeden Austausch kappen, wenn wir nicht der gleichen Meinung sind. Viele Menschen sind nicht genug mit dem Diskurs vertraut, sind nicht auf dem gleichen Wissensstand, sind aber womöglich trotzdem bereit, zu lernen, sich auszutauschen oder auch produktiv zu streiten. Ich beziehe mich da gerne auf die afroamerikanische Call-Out Culture, die ja gerne im Zuge der Cancel Culture genannt wird. Dabei geht es darum, andere als Gemeinschaft darauf hinzuweisen, dass ein gewisses Verhalten nicht in Ordnung ist und dadurch eine Besserung zu erwirken. Noch wirksamer könnte es sein, Menschen nicht in aller Öffentlichkeit zu belehren, weil das bekanntermaßen oft zu Abwehrreaktionen und Verhärtungen führt, sondern zunächst den Weg des klärenden Dialogs unter vier Augen zu suchen. Soziale Auseinandersetzungen brauchen eben einen sehr langen Atem.



© Fabian Plattner

Sonja Eismann ist Mitherausgeberin und Redakteurin beim *Missy Magazin*, einer feministischen Zeitschrift aus Berlin. Seit über zwei Jahrzehnten beschäftigt sie sich intensiv mit Popkultur, schreibt eigene Bücher, für andere Medien und manchmal auch wissenschaftliche Beiträge.

Bericht

Ausgeliebt: Wenn der Lieblingssong zur Nazi-Hymne wird

Bei einer Pfingstfeier auf Sylt singen Gäste statt dem Text zu Gigi D'Agostino's „L'amour Tojours“ neonazistische Parolen. Nun soll der Song auf der deutschen EM-Meile und dem Oktoberfest nicht mehr gespielt werden. Nicht alle sind sich darüber einig, wie sinnvoll so ein Verbot ist.

Dossier

Eigentlich ist „L'Amour Tojours“ seit den 90er Jahren ein Party-Klassiker. Wenn die Melodie unter Wummern den Song einläutet und der Sänger in hochgepitchter Stimme: „I still believe in your eyes“ säuselt, gibt es meist kein Halten mehr. Das Lied wurde jedoch kurzerhand von Neonazis gekapert, der ursprüngliche Text durch ausländerfeindliche Parolen ersetzt. Diese Version hat sich im Internet vertausendfacht und ist derart populär, dass selbst Veranstalter:innen die bislang populäre Partyhymne verbieten.

Die Veranstalter:innen der offiziellen EM-Fanmeile vor dem Brandenburger Tor kündigten bereits an, den Song diesen Sommer nicht zu spielen. Gegenüber *Zeit Online* sagte die *Kulturprojekte Berlin GmbH*, man habe die Moderator:innen insbesondere auf „Lieder dieser Art“ hingewiesen und das Personal eingehend geschult.

Auch im Herbst soll es beim Oktoberfest diesbezüglich vorerst leise bleiben. „Das Lied wird nicht gespielt – weder im Zelt, noch sonst irgendwo“, schloss sich der Münchner Wiesn-Chef Clemens Baumgärtner in einer Stellungnahme gegenüber dem *Bayrischen Rundfunk (BR)* an. Man arbeite präventiv und werde „mit allen uns juristisch und praktisch an Handwerkszeug zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, dass ein paar Idioten uns diese Weltoffenheit kaputt machen, indem sie das Lied missbrauchen.“ Auf die Anfragen von *Krawall* haben die Großveranstalter:innen bislang nicht reagiert.

Verantwortlich dafür, dass „L'Amour Tojours“ im Sommer wohl kaum öffentlich zu hören sein wird, waren aber keine stramm Rechtsextremen in Springerstiefeln. Bekannt wurde die abgeänderte Version nämlich durch ein Video einer Pfingstfeier im Club *Pony* auf Sylt, welches sich in den vergangenen Wochen auf Social Media verbreitete. Darin singt eine junge Frau „Ausländer raus“ in die Kamera, andere Partygäste grölen „Deutschland den Deutschen“ über die markante Melodie. Im Hintergrund hält sich ein junger Mann zwei Finger an die Oberlippe.

Seit Bekanntwerden des Videos haben sich diverse Personen des öffentlichen Lebens dazu geäußert, bis hin zum deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (*SPD*). Viele fordern, den Song vorübergehend zu verbieten, um weitere solcher Vorfälle zu verhindern. Andere wollen den Song jetzt erst recht spielen und ihn zurückerobern.

Die Großveranstalter:innen haben durchaus Grund für diese Entscheidung, denn Sylt ist kein Einzelfall. Als erstes bekanntes Vorkommnis gilt ein Volksfest im Oktober 2023 in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in

Bayern, Schleswig-Holstein und Kiel wird aktuell wegen Verdacht auf Volksverhetzung ermittelt. Der Politikwissenschaftler Floris Biskamp erklärt im Gespräch mit *Krawall*: „Es handelt sich hier um den nazistischen Slogan schlechthin.“ Der Spruch selbst ist also nichts Neues. Trotzdem sei erneute Aufkommen dieser Ausrufe ein Warnzeichen, meint Biskamp: „Wirklich aggressive, menschenfeindliche Parolen kommen hier im Partygewand in einem ganz anderen kulturellen Kontext wieder auf.“

Ein Verbot bei Großveranstaltungen ist letztlich Abwägungssache der Verhältnismäßigkeit. Es wäre laut Rechtsexpert:innen juristisch durchaus zulässig, inhaltlich bleibt es jedoch umstritten. Denn anders als im letztjährigen Fall um den tatsächlich sexistischen Song „Layla“ ist „L'Amour Tojours“ wertneutral. Biskamp meint, ein Verbot sei daher nur eine kurzfristige Lösung: „Aktuell besteht natürlich durchaus das Risiko, dass eine Gruppe beginnt, die Parolen zu grölen, wenn das Lied gespielt wird. Dann muss der Veranstalter ein Maßnahmenkonzept haben. Und da ist es natürlich einfacher, den Song gar nicht erst zu spielen.“

Der Präsident des *Bundesverband Discjockey* Dirk Wöhler hält das Verbot für „katastrophal“. Dem *BR* sagt er: „Den Song zu verbieten, bedeutet, den Rechtsextremen klein beizugeben. [...] Gerade jetzt sollte der Song gespielt werden, um zu zeigen, dass wir multikulti sind.“ Auch das DJ-Kollektiv *Drunken Masters* hat nach dem Vorfall in Sylt ein Video gepostet, in dem sie mit ihrem Publikum statt dem Originaltext ebenfalls eine eigene Interpretation über die Melodie singen, nämlich: „Nazis aufs Maul“. Das Video wurde zwar schon früher aufgenommen, aber erst „Aus gegebenem Anlass“, wie das Posting verrät, veröffentlicht. Darunter kommentierte der bekannte deutsche Rapper Ski Aggu: „Daraus song machen und uns den gigi d'agostino track zurückholen.“ Auf Anfrage von *Krawall* schrieb Christopher Rabai, einer der beiden Mitglieder des Kollektivs, dass es schon verschiedene Gespräche dazu gegeben habe, es allerdings nicht so leicht sei. „Wir sind weiter dran und hoffen, da noch etwas hinzubekommen“, heißt es weiter. Auf eine Anfrage von *Krawall* hat der Schöpfer des Songs Gigi D'Agostino nicht reagiert. In einer Stellungnahme gegenüber dem *ORF* kritisiert er das Verbot allerdings: „Rassismus lässt sich nicht stoppen, indem man Musik verbietet.“

Dossier
Cancel Culture



Hannah Purner
Juni 2024